

sind als Auftraggeber für Handwerksbetriebe und Bauunternehmungen wenig attraktiv“, so Sprecher Alexander Handschuh (45). „Sie ziehen Privatkunden den Schulprojekten vor – weniger Auflagen, weniger Entscheider, schnelleres Projektende.“ Viele Betriebe haben keinen Bock auf Schule!

Viele Kommunen lassen sich Zeit!

Die vom Sanierungsprogramm geförderten Bauvorhaben müssen laut Gesetz erst Ende 2022 abgeschlossen und bis Ende 2023 abgerechnet sein. In vielen Bundesländern sind daher erst die Antragsfristen abgelaufen. Höchste Zeit, die Hausaufgaben zu erledigen! Lapidare Antwort aus Mecklenburg-Vorpommern: „Wir haben ja noch Jahre Zeit und Bauanträge sind eine komplizierte Sache...“.

Der Bund könnte mehr Schulen sanieren!

Fakt ist auch: Selbst wenn der ganze Fördertopf genutzt werden sollte, reicht das Geld des Bundes nicht. Das Institut der Förderbank KfW hat den Investitionsrückstand an deutschen Schulen gerade auf 47,7 Milliarden Euro beziffert. Das 14-Fache des Fördertopfes und das Dreifache dessen, was der Bund jährlich für Bildung insgesamt ausgibt.

Irre: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung gibt zwar jährlich 18 Milliarden Euro an Fördergeldern aus, die gehen aber fast komplett an Hochschulen und in die Forschung. Denn das Kooperationsverbot im Grundgesetz verbietet direkte Geldzahlungen an die Schulen. Dieses Gesetz würden SPD, FDP, Grüne und

Linke – anders als die CDU – gern kippen. Die GroKo hingegen möchte es nur für den Digitalpakt lockern, der die technische Ausstattung an Schulen verbessern soll. Katja Suding (40, FDP) geht das nicht weit genug: „Weil es nur um Investitionen in die Ausstattung geht. Wir wollen, dass in die Qualität von Bildung investiert wird, vor allem in die Lehrerbildung. Das wird eine Daueraufgabe sein.“

Bayern zeigt, wie es geht!

Wie wichtig die Schulen den Deutschen sind, zeigte eine Umfrage für die BamS von verganginem Sonntag: 92 Prozent der Befragten sagten, die derzeit sprudelnden Steuermilliarden sollten für Sanierung und Ausstattung der Schulen eingesetzt werden.

Und dass es trotz aller Hindernisse gelingen kann, schnell mit Bundesgeldern zu sanieren, zeigt Bayern, wo längst mit dem Extra-Fördergeld gebaut wird. Seit Dezember hatten die Kommunen dort Zeit, sich für Fördergeld zu bewerben. Stichtag war der 27. April. Im August folgte die offizielle Bekanntgabe der Sieger: 620 Projekte. 293 Millionen Euro teuer. Genau so viel stellt der Bund Bayern zur Verfügung. Punktlandung.

Anders in Berlin. An der Carlo-Schmid-Oberschule ist die Mängelliste lang. Viele der alten Aluminiumjalousien lassen sich nicht mehr hochfahren. Da sitzen Schüler auch bei Sonnenschein im Dunkeln. Wann geht der Politik endlich ein Licht auf?

Haben Sie ähnliche Erfahrungen gemacht? Dann schreiben Sie eine E-Mail an schule@bams.de

Nur arme Kommunen dürfen Gelder für die Schulsanierung beantragen

Mit dem „Kommunalinvestitionsförderungsge-setz“ (KInvFG Kapitel 2) fördert der Bund finanzschwache Kommunen bei Sanierung, Umbau und Erweiterung von Schulgebäuden. Finanzschwache

ist eine Kommune, wenn sie an einem Hilfsprogramm des Landes teilnimmt, Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzgleichgewicht erhält, hoch verschuldet ist oder Kriterien wie eine hohe

Arbeitslosenquote oder hohe Sozialausgaben erfüllt. Wie viel Geld jedes Land erhält, berechnet sich über Einwohnerzahl, Kassenkreditbestand und Arbeitslosenquote. In welchem Schulsanierungs-

wird, entscheiden die Länder. Die Förderquote des Bundes beträgt maximal 90 Prozent, zehn Prozent muss jede Kommune selbst stemmen. Das Schulsanierungsprogramm endet 2022.

Bundesland	Fördermittel des Bundes in Euro	So viel Geld wurde abgerufen in Euro	Sanierungs-/Bauprojekte geplant
Baden-Württemberg	251 Millionen	251 Millionen (die Mittel wurden bereits komplett verplant und den Projekten zugeteilt)	269
Bayern	293 Millionen	293 Millionen (die Mittel wurden bereits komplett verplant und den Projekten zugeteilt)	620
Berlin	140 Millionen	k. A. (= keine Angaben)	k. A.
Brandenburg	102 Millionen	0 (Bewilligungen erst Ende September/Anfang Oktober)	k. A.
Bremen	42 Millionen	42 Millionen (die Mittel wurden bereits komplett verplant und den Projekten zugeteilt)	50
Hamburg	61 Millionen	61 Millionen (Projekte geplant, aber Gelder noch nicht verteilt)	12
Hessen	330 Millionen	35 Millionen (die Förderliste wird seit Januar fortlaufend aktualisiert)	57
Mecklenburg-Vorpommern	75 Millionen	0 (noch keine Mittel abgerufen; Anträge werden vorbereitet)	k. A.
Niedersachsen	289 Millionen	0,8 Millionen (die Mittel wurden auf acht Kommunen verteilt)	138
Nordrhein-Westfalen	1000 Millionen	36 Millionen (Stand März 2018, aktuellere Zahlen lagen dem Ministerium nicht vor)	k. A.
Rheinland-Pfalz	257 Millionen	36 Millionen (Stand März, bewilligt sind erst zwei Projekte für 3,2 Mio. Euro)	430
Saarland	72 Millionen	6 Millionen (Projekte mit den Kommunen besprochen)	150
Sachsen	178 Millionen	178 Millionen (die Mittel wurden noch nicht auf die Kommunen verteilt)	k. A.
Sachsen-Anhalt	116 Millionen	116 Millionen (die Mittel wurden noch nicht auf die Kommunen verteilt)	k. A.
Schleswig-Holstein	100 Millionen	0 (noch keine Mittel abgerufen; ab Oktober soll Geld fließen)	k. A.
Thüringen	72 Millionen	59 Millionen (Die Anträge werden derzeit noch geprüft)	17